

September 2015

Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT



ARD-DeutschlandTREND

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Untersuchungsanlage.....	1
Zusammenfassung	2
Knapp die Hälfte der Bundesbürger sieht eher Vorteile in der Zuwanderung nach Deutschland	3
Mehrheit hat keine Angst vor zu vielen Flüchtlingen.....	4
Jeder Zweite fordert mehr Schutz der Flüchtlinge vor fremdenfeindlichen Übergriffen.....	6
Breite Mehrheit für legale Einreisemöglichkeiten.....	7
Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen stabil	8
Hohe Akzeptanz für Flucht aus Kriegsregionen, geringes Verständnis für Flucht aus wirtschaftlichen Gründen	9
Mehrheit lehnt Leistungskürzungen ab – befürwortet aber Umstellung auf Sachleistungen	11
Mehrheit findet Merkels Handeln in der Flüchtlingspolitik nicht angemessen	12
Politikerbewertung: Merkel mit Ansehenseinbußen	13
Regierungszufriedenheit: Schwarz-Rot überzeugt überwiegend.....	15
Sonntagsfrage: Regierungsparteien stabil.....	16

ARD – DeutschlandTREND September 2015

Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren	
Stichprobe	Repräsentative Zufallsauswahl/Dual-Frame (Relation Festnetz-/Mobilfunknummern 70:30)	
WDR-Autor	Ellen Ehni	0221 220-1800
WDR-Redakteurin	Friederike Hofmann	0221 220-1800
Wissenschaftliche Betreuung / Durchführung infratest dimap	Heiko Gothe	030 53322-116
Erhebungsverfahren	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl	1.001 Befragte Sonntagsfrage: 1.501 Befragte	
Erhebungszeitraum	31. August bis 01. September 2015 Sonntagsfrage: 31. August bis 02. September 2015	
Fehlertoleranz	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut:	infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Michael Kunert	030 53322-154
	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3

Zusammenfassung

Angesichts der in großer Zahl in Deutschland eintreffenden Flüchtlinge wird verstärkt über die Zuwanderung debattiert. Knapp die Hälfte der Bundesbürger (45 Prozent) bewertet Zuwanderung ganz allgemein als eher vorteilhaft für Deutschland. Ein Drittel (33 Prozent) sieht hingegen eher Nachteile, auch weil ihnen die große Flüchtlingszahl Angst macht (64 Prozent). Dies sind überdurchschnittlich häufig Personen mit eher niedrigem sozialen Status. In der Gesamtbevölkerung geben 38 Prozent an, dass ihnen die Thematik Angst macht. Hingegen hat eine Mehrheit von 59 Prozent der Bürger keine Angst davor, dass viele Flüchtlinge zu uns kommen.

Nahezu alle Bundesbürger (95 Prozent) begrüßen die große private Hilfsbereitschaft. Zugleich geben für 87 Prozent der Deutschen die gewalttätigen Proteste gegen Flüchtlinge Anlass zu Scham. Jeder Zweite (50 Prozent) ist der Meinung, dass die deutschen Behörden zu wenig tun, um Ausländer und Flüchtlinge vor solchen Übergriffen zu schützen. Genauso viele kritisieren die Politik in Deutschland, weil sie sich aus ihrer Sicht nicht um eine angemessene Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge kümmert.

Nach wie vor stoßen die meisten Fluchtgründe auf hohe Akzeptanz. Selbst in der Gruppe der Personen, denen die vielen Flüchtlinge Angst machen, sagen fast alle (94 Prozent), dass die Aufnahme (Bürger-)Kriegsflüchtlingen richtig sei. Einzig die Flucht aus wirtschaftlichen Gründen wird von 65 Prozent aller Bürger nicht als legitimer Grund für eine Aufnahme in Deutschland angesehen.

Bei der Suche nach einer europäischen Lösung fordern hierzulande 92 Prozent die Verteilung der Asylsuchenden auf alle 28 EU-Mitglieder nach einer festgelegten Quote. Fast ebenso viele, 85 Prozent, sprechen sich dafür aus, legale Einreisemöglichkeiten zu schaffen, um Flüchtlingen gefährliche Wege, z. B. über das Mittelmeer, zu ersparen. Die Wiedereinführung von Grenzkontrollen wird von einer knappen Mehrheit (52 Prozent) abgelehnt, 45 Prozent sind dafür.

Eine generelle Kürzung der Leistungen an Asylsuchende hält mehr als die Hälfte der Bundesbürger nicht für den richtigen Weg (54 Prozent). Sieben von Zehn (72 Prozent) halten allerdings eine Umstellung von Geld- auf Sachleistungen für richtig. Eine konsequentere Abschiebung von bereits abgelehnten Asylbewerbern findet eine große Mehrheit von 79 Prozent sinnvoll.

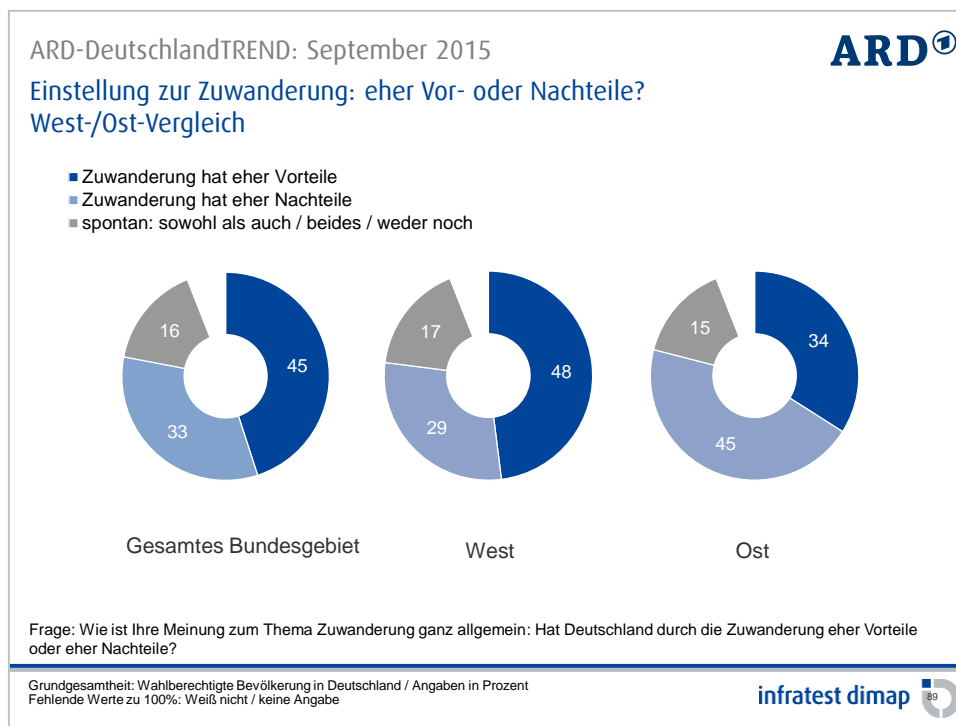
Auf Kritik stößt Kanzlerin Merkels Zurückhaltung bei der Flüchtlingsthematik: 53 Prozent der Deutschen sind der Meinung, dass die Bundeskanzlerin bisher in der Flüchtlingspolitik nicht angemessen gehandelt hat. Dies hinterlässt auch Spuren bei der Bewertung ihrer Amtsführung, mit der aktuell 63 Prozent zufrieden sind, ein Minus von 4 Punkten gegenüber dem Vormonat. Merkel genießt also weiterhin hohe Wertschätzung, verzeichnet damit aber zugleich ihren niedrigsten Wert im ARD-DeutschlandTREND seit Dezember 2012.

Die politische Stimmung in Deutschland ist im September stabil. Wenn bereits am nächsten Sonntag der Bundestag neu gewählt würde, käme die Union unverändert auf 42 Prozent der Stimmen. Gleiches gilt für die SPD, die 24 Prozent erreichen würde. Ein Plus von einem Punkt binnen Monatsfrist verzeichnen die Grünen auf jetzt 12 Prozent. Im Unterschied dazu verlieren sowohl die Linke (8 Prozent, -1) als auch die FDP (4 Prozent, -1) leicht. Die AfD verharrt bei 4 Prozent.

Das sind die wichtigsten Ergebnisse des ARD-DeutschlandTREND September 2015, den infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT erstellt hat.

Knapp die Hälfte der Bundesbürger sieht eher Vorteile in der Zuwanderung nach Deutschland

Angesichts der in großer Zahl in Deutschland eintreffenden Flüchtlinge wird verstärkt darüber diskutiert, ob sich die Zuwanderung generell vorteilhaft auswirkt und somit die Bundesrepublik stärkt oder eher eine Belastung darstellt. Knapp die Hälfte der Bundesbürger (45 Prozent) bewertet die Zuwanderung ganz allgemein als eher vorteilhaft für Deutschland. Ein Drittel (33 Prozent) macht hingegen eher Nachteile aus. Jeder sechste Befragte (16 Prozent) äußert spontan, dass er sowohl Vor- als auch Nachteile sieht.

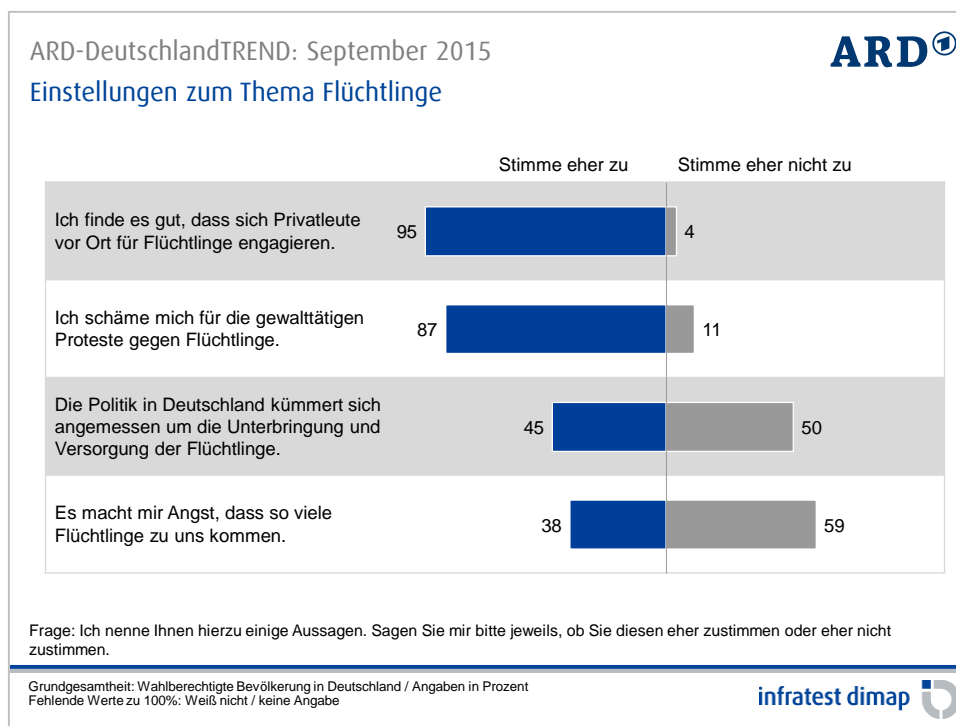


Während die Zuwanderung in den westdeutschen Bundesländern eher vor- als nachteilhaft (48:29 Prozent) beurteilt wird, überwiegen im Osten die Vorbehalte (34:45 Prozent). Eine positive Sicht haben vor allem jüngere Deutsche im Alter bis 44 Jahren. Auffällig sind zudem die Unterschiede in den Meinungen zur Zuwanderung zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen: Während Personen mit hohen Bildungsabschlüssen (67:16 Prozent) und Personen mit höherem Einkommen (59:23 Prozent) mit deutlicher Mehrheit positive Aspekte mit der Zuwanderung verbinden, überwiegen bei Personen mit niedriger formaler Bildung (32:45 Prozent) und niedrigem Einkommen (34:46 Prozent) negative Aspekte.

Unter den Parteianhängern sehen vor allem die Anhänger der Grünen und der SPD Vorteile in der Zuwanderung, ebenso in etwas geringeren Maße die Anhänger der Linken und der Union. Die Anhänger der sonstigen Parteien – und hier insbesondere die AfD-Anhänger – sehen ebenso wie die bekennenden Nichtwähler deutlich mehr Nachteile als Vorteile.

Mehrheit hat keine Angst vor zu vielen Flüchtlingen

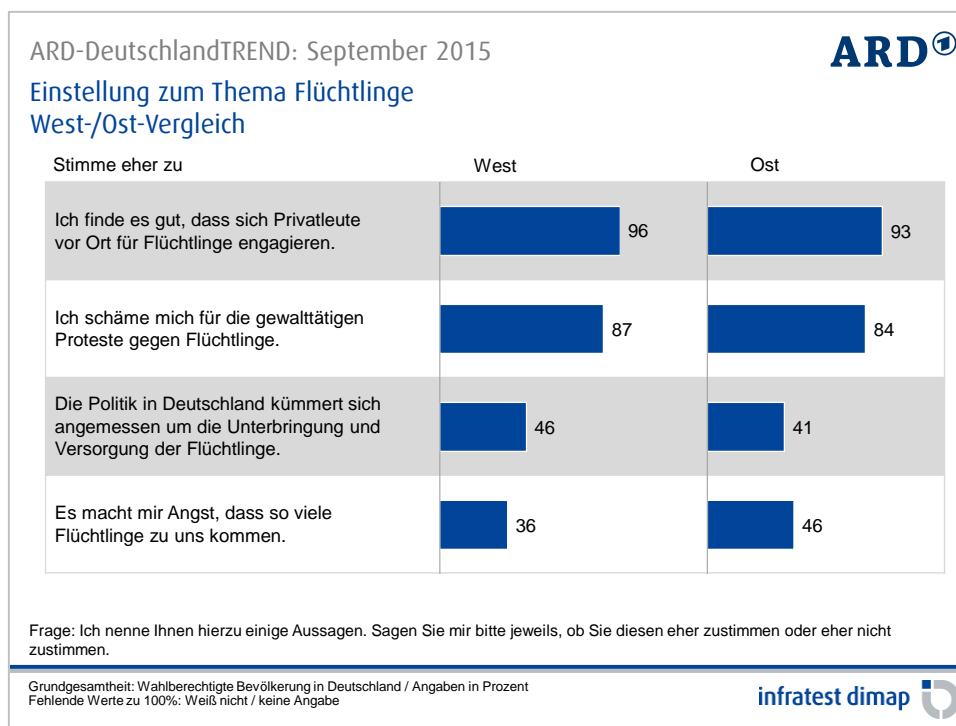
Obwohl die Bundesrepublik zusammen mit einigen wenigen anderen Ländern die meisten Flüchtlinge aufnimmt, hat eine Mehrheit von 59 Prozent der Bürger keine Angst davor, dass viele Flüchtlinge zu uns kommen. Im Gegensatz dazu geben jedoch 38 Prozent an, dass ihnen die Thematik durchaus Angst macht. Überdurchschnittlich häufig Angst vor Flüchtlingen äußern Menschen in Ostdeutschland (46 Prozent).



Der Blick in die verschiedenen Bevölkerungsgruppen zeigt, dass die große Anzahl von Flüchtlingen insbesondere Personen mit niedriger formaler Bildung und niedrigem Haushaltseinkommen ängstigt. Der weitaus größte Anteil derjenigen, die angesichts der aktuellen Situation Angst empfindet, erwartet Nachteile für Deutschland - und damit ggf. für sich selbst. Diese Angst ist bei sozial besser Gestellten gering ausgeprägt.

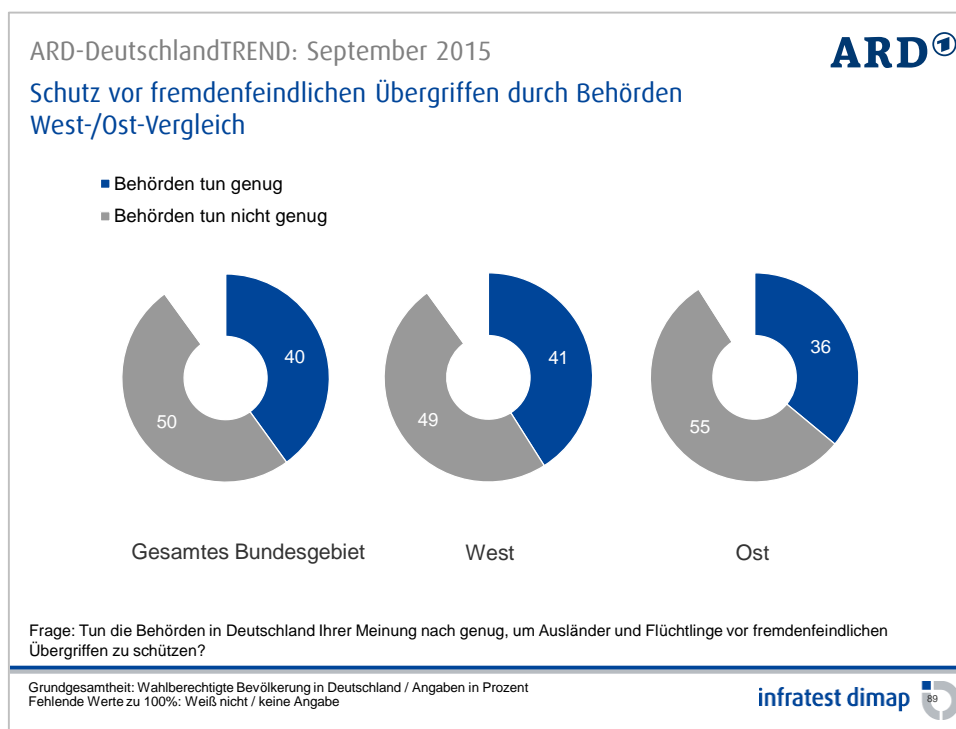
In den Medien wird immer wieder berichtet, dass es allerorten ein breites privates Engagement für Flüchtlinge gibt. Nahezu alle Bundesbürger (95 Prozent), begrüßen diese Hilfsbereitschaft. Lediglich 4 Prozent halten das private Engagement der Bürger offenkundig für überflüssig oder lehnen es ab.

In den vergangenen Wochen verging kaum ein Tag, an dem nicht über Anschläge auf Flüchtlingsheime und andere gewalttätige Proteste berichtet wurde. Für die weit überwiegende Mehrheit der Deutschen (87 Prozent) geben solche Vorgänge Anlass zu Scham über das Verhalten ihrer Mitbürger. Lediglich 11 Prozent sehen darin keinen Grund, sich dafür zu schämen. Jeder Zweite (50 Prozent) kritisiert die Politik in Deutschland, weil sie aus ihrer Sicht nicht genug dafür tut, um die Flüchtlinge angemessen unterzubringen und zu versorgen.



Jeder Zweite fordert mehr Schutz der Flüchtlinge vor fremdenfeindlichen Übergriffen

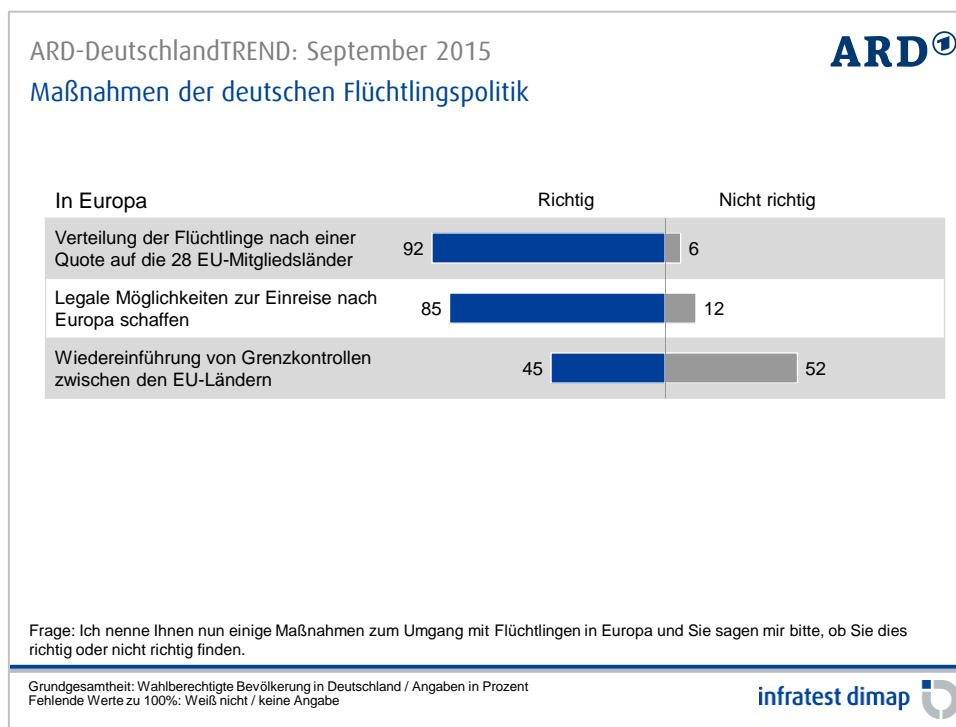
Angesichts der fremdenfeindlichen Proteste u.a. in Heidenau ist die Hälfte der Bürger (50 Prozent) der Meinung, dass die deutschen Behörden zu wenig tun, um Ausländer und Flüchtlinge vor solchen Übergriffen zu schützen. Vier von zehn (40 Prozent) sind demgegenüber der Ansicht, dass genug für den Schutz der Menschen getan wird.



Besonders dringenden Handlungsbedarf sehen die Ostdeutschen und Befragte in jüngeren Altersgruppen bzw. mit hoher Bildung sowie Anhänger von Linkspartei, Grünen und SPD.

Breite Mehrheit für legale Einreisemöglichkeiten

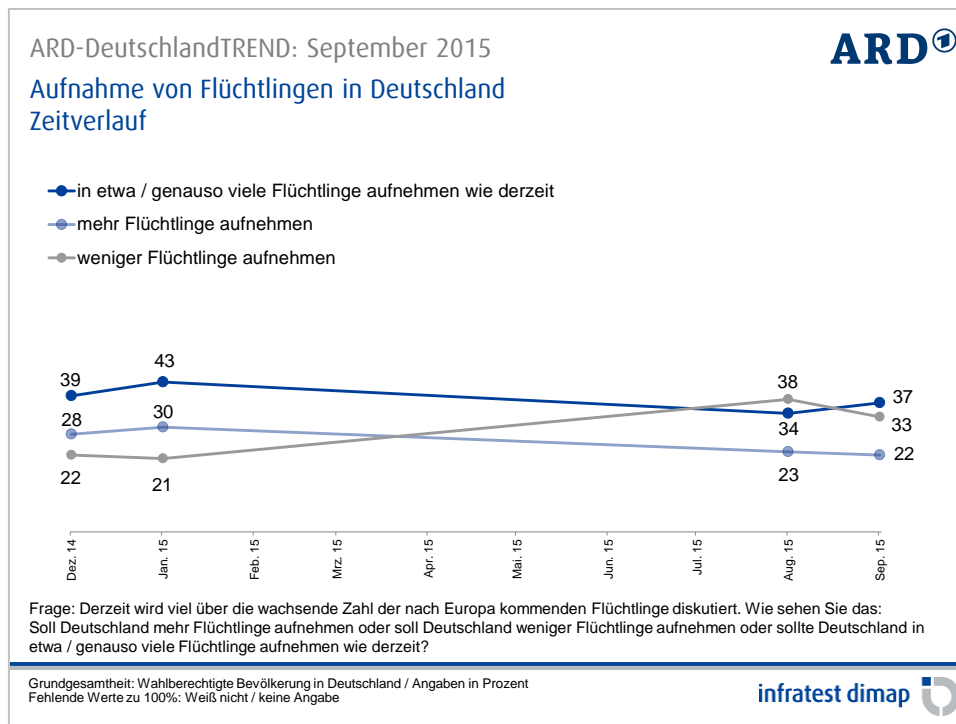
Die Bemühungen um eine gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik haben bislang noch zu keinem greifbaren Ergebnis geführt. Einige Länder, insbesondere aus dem Osten Europas weigern sich, eine größere Zahl von Flüchtlingen aufzunehmen. Gerade darin sehen aber nahezu alle Bundesbürger einen Kernpunkt zur Lösung des Problems. Die Verteilung der Asylsuchenden auf alle 28 EU-Mitglieder nach einer festgelegten Quote fordern hierzulande 92 Prozent. Fast ebenso viele, 85 Prozent, sprechen sich dafür aus, legale Einreisemöglichkeiten zu schaffen, um Flüchtlingen gefährliche Wege, z. B. über das Mittelmeer, zu ersparen.



Die von mancher Seite geforderte Wiedereinführung der Grenzkontrollen wird hingegen von einer knappen Mehrheit (52 Prozent) der deutschen Bevölkerung abgelehnt. Demgegenüber sehen 45 Prozent darin durchaus einen möglichen Beitrag zur Lösung des Flüchtlingsproblems.

Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen stabil

Angesichts deutlich steigender Flüchtlingszahlen hat sich die Brisanz des Themas in den vergangenen vier Wochen deutlich verstärkt und auch das Bundesinnenministerium hat seine Prognose der Flüchtlingszahlen für das laufende Jahr deutlich nach oben, auf jetzt 800.000 Menschen, korrigiert. Die Einschätzung der Bevölkerung, wie viele Flüchtlinge Deutschland angesichts dieser Situation aufnehmen sollte, ist im Vergleich zu August dennoch relativ stabil. Gut ein Drittel (37 Prozent, +3) der Bundesbürger ist der Ansicht, Deutschland solle in etwa so viele Flüchtlinge aufnehmen wie derzeit. Gut jeder Fünfte (22 Prozent, -1) findet, Deutschland sollte noch mehr Flüchtlingen Zuflucht gewähren. Demgegenüber plädiert ein Drittel (33 Prozent, -5) dafür, weniger Flüchtlinge als aktuell aufzunehmen.

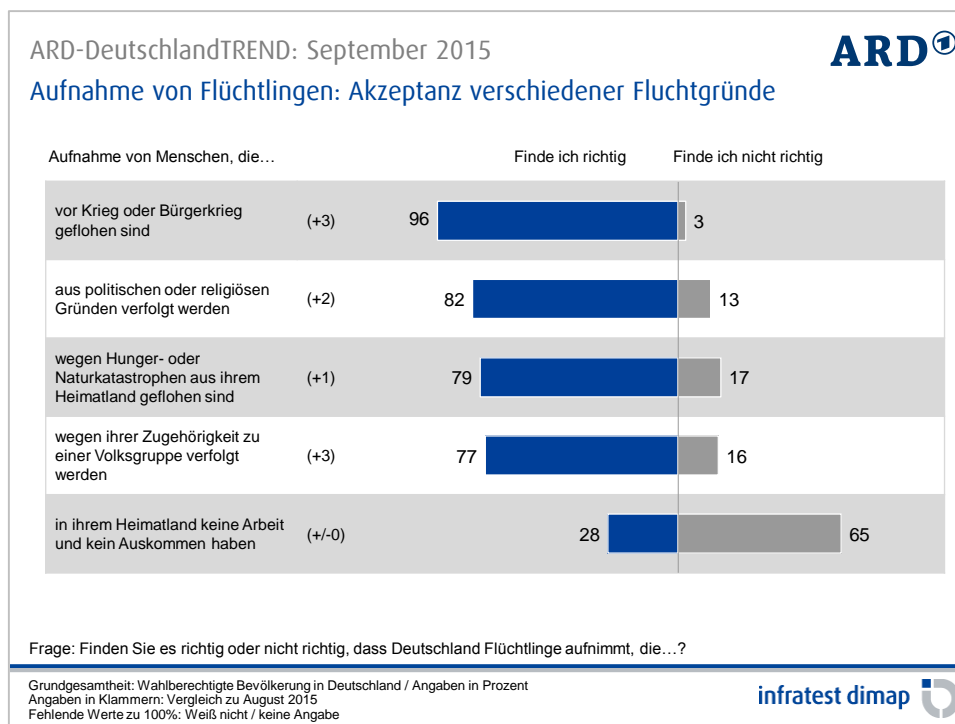


Die Forderung nach einer restriktiveren Flüchtlingspolitik ist in den ostdeutschen Bundesländern (45 Prozent) deutlich stärker als im Westen der Republik ausgeprägt (30 Prozent).

Hohe Akzeptanz für Flucht aus Kriegsregionen, geringes Verständnis für Flucht aus wirtschaftlichen Gründen

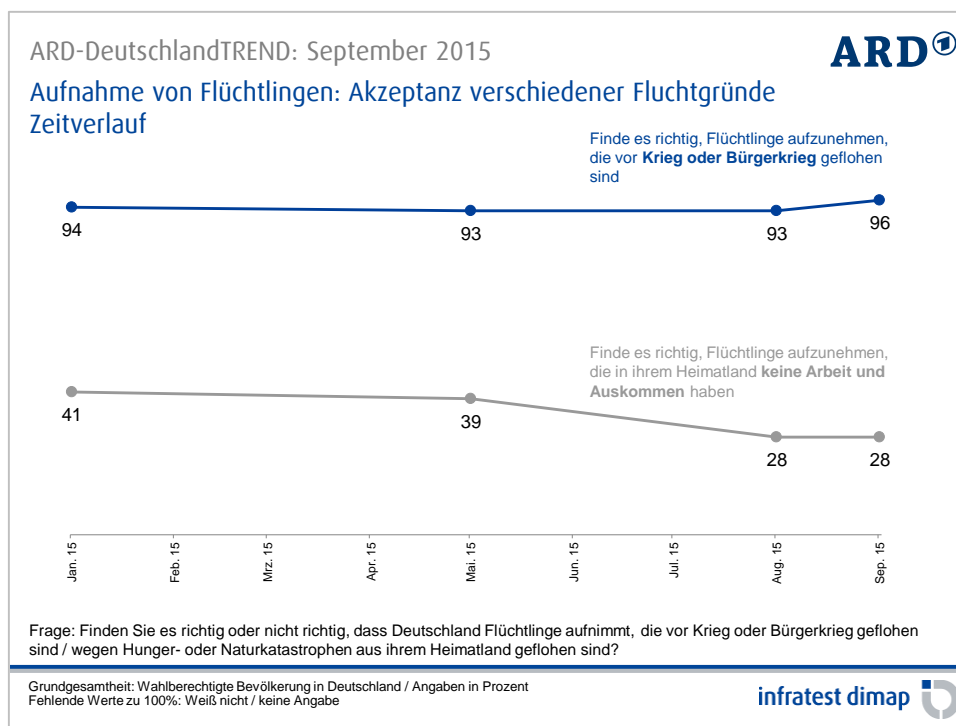
Nach wie vor stoßen die meisten Fluchtgründe auf hohe Akzeptanz. So sind die Bundesbürger nahezu geschlossen der Ansicht, dass Deutschland Flüchtlinge aus Kriegs- oder Bürgerkriegsregionen aufnehmen soll (96 Prozent, +3). Die meisten erkennen auch die Flucht aufgrund politischer oder religiöser Verfolgung als legitimes Motiv an (82 Prozent, +2). Fast ebenso viele (79 Prozent, +1) halten die Aufnahme von Flüchtlingen für richtig, die aufgrund von Hunger- oder Naturkatastrophen im Heimatland fliehen oder weil sie einer verfolgten ethnischen Minderheit zugehörig sind (77 Prozent, +3).

Auf nur geringe Akzeptanz stößt hingegen die Flucht aus wirtschaftlichen Gründen. Knapp drei von zehn Deutschen (28 Prozent, +/-0) halten es für richtig, dass die Bundesrepublik Flüchtlinge aufnimmt, die aus ihrem Heimatland fliehen, weil sie dort weder eine Arbeit noch ein ausreichendes Auskommen für ihren Lebensunterhalt haben. Zwei Drittel (65 Prozent) sieht hierin keinen legitimen Grund für eine Aufnahme in Deutschland.



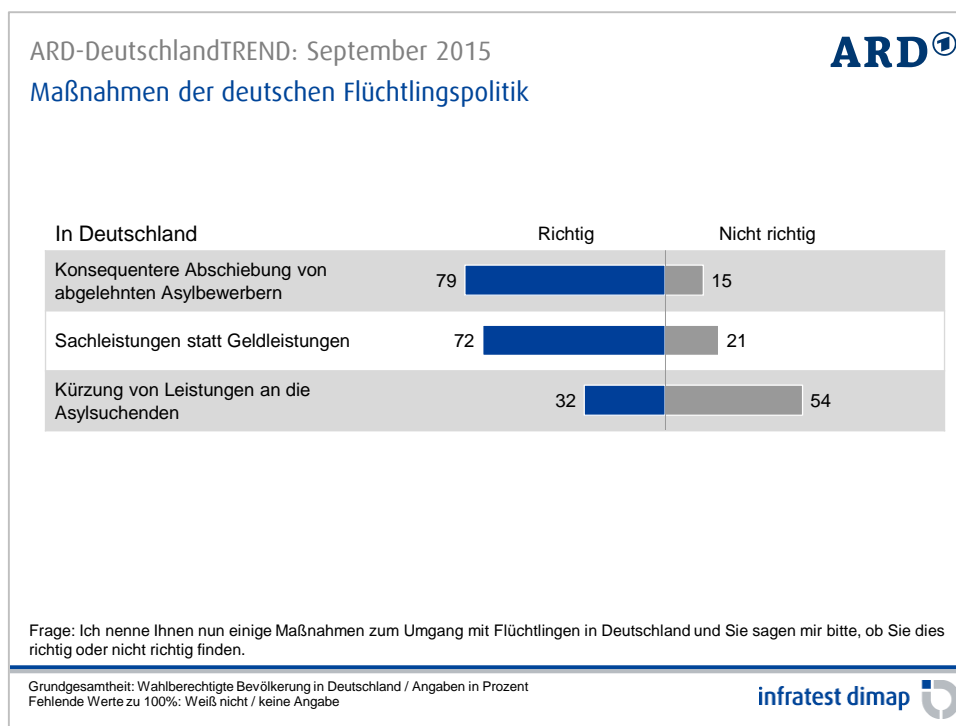
Im Vergleich zum Vormonat ist die Akzeptanz der meisten Flucht motive gestiegen. Lediglich das Verständnis einer Flucht aus wirtschaftlichen Gründen ist seit Jahresanfang um insgesamt 15 Prozentpunkte gesunken.

Insbesondere die Anhänger der Union lehnen eine Flucht aus wirtschaftlichen Motiven mit deutlicher Mehrheit ab (72:23 Prozent). Aber auch die Anhänger der SPD (62:28 Prozent) und der Linken (54:37 Prozent) sind mehrheitlich gegen die Aufnahme von Flüchtlingen, die in ihrer Heimat ohne Arbeit und Einkommen sind. Die Anhänger der Grünen zeigen sich aktuell unentschlossen (47:46 Prozent), anders als noch im Vormonat (53:41 Prozent). Eine Flucht aus Kriegsregionen wird dagegen über alle Parteiengrenzen hinweg in hohem Maße anerkannt.



Mehrheit lehnt Leistungskürzungen ab – befürwortet aber Umstellung auf Sachleistungen

Eine generelle Kürzung der Leistungen an Asylsuchende hält mehr als die Hälfte der Bundesbürger nicht für den richtigen Weg (54 Prozent). Ein Drittel befürwortet diese Maßnahme (32 Prozent). Sieben von Zehn (72 Prozent) halten allerdings eine Umstellung von Geld- auf Sachleistungen für richtig. Eine konsequentere Abschiebung von bereits abgelehnten Asylbewerbern findet eine große Mehrheit von 79 Prozent sinnvoll.

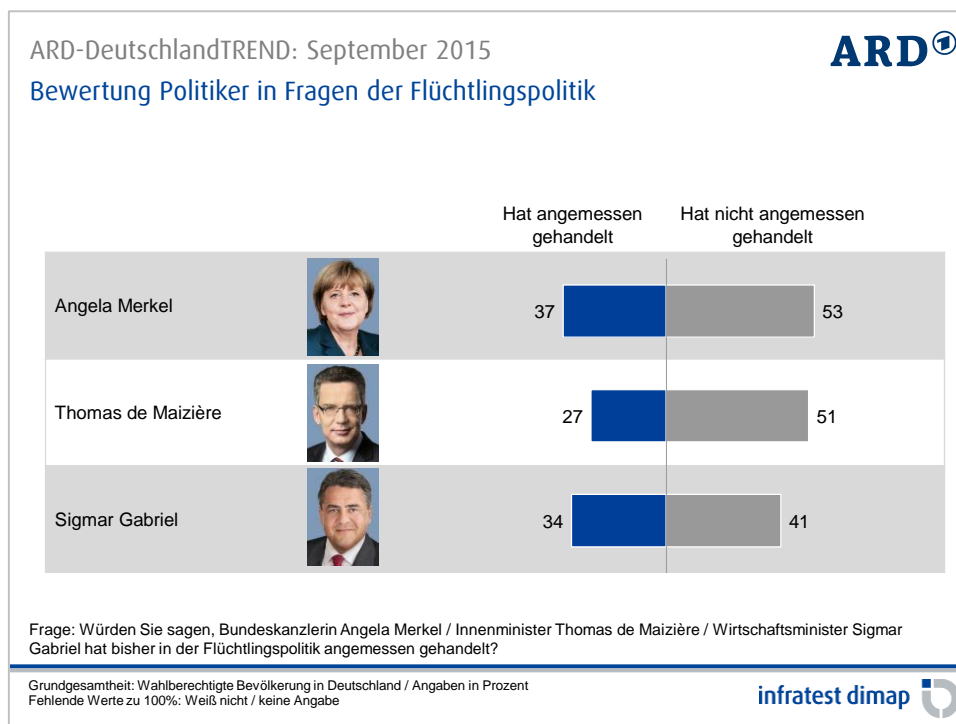


Leistungskürzungen werden in Ostdeutschland etwas stärker unterstützt (38 Prozent) als im Westen (30 Prozent). Allerdings lehnt auch in den neuen Ländern jeder Zweite (48 Prozent) Kürzungen ab.

Zwischen den Anhängerschaften der Parteien herrscht weitgehend Einigkeit über die konsequentere Abschiebung abgelehnter Asylbewerber. Von den im Bundestag vertretenen Parteien neigen Unions-Anhänger am stärksten zu Leistungskürzungen (39 Prozent), während nur ein kleiner Teil der Grünen-Anhänger dies begrüßen würde (13 Prozent).

Mehrheit findet Merkels Handeln in der Flüchtlingspolitik nicht angemessen

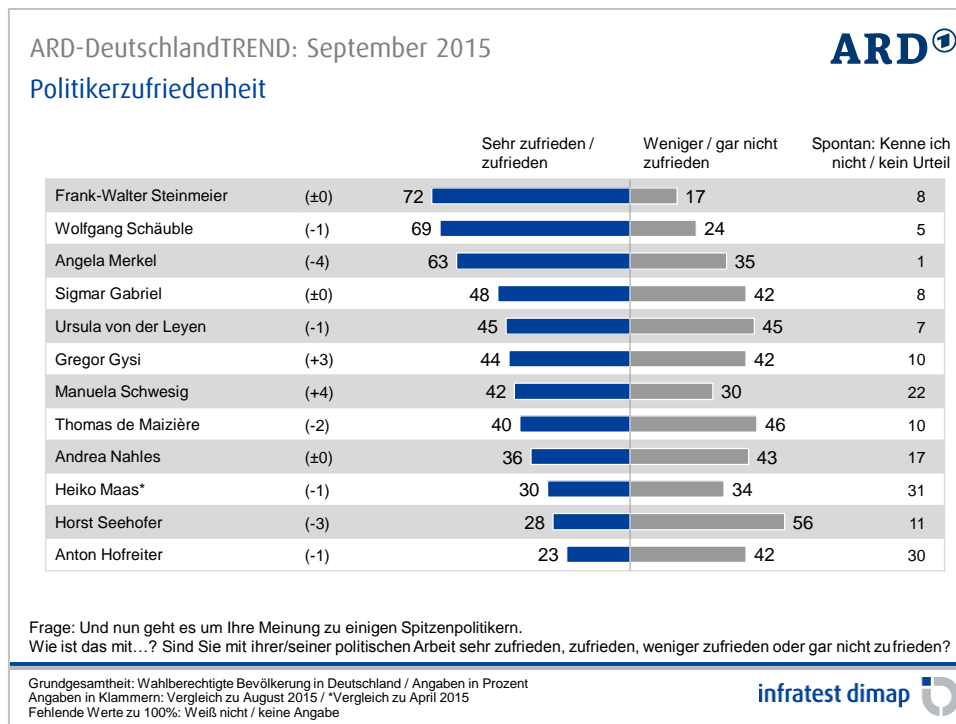
Kanzlerin Angela Merkel sah sich lange dem Vorwurf ausgesetzt, dass sie sich zur großen Zahl der Asylsuchenden und vor allem den Anfeindungen von Flüchtlingen u.a. in den sächsischen Gemeinden Freital und Heidenau, nicht äußere. Eine Mehrheit der Bürger teilt offenbar diese Kritik: 53 Prozent der Deutschen sind der Meinung, dass die Bundeskanzlerin bisher in der Flüchtlingspolitik nicht angemessen gehandelt hat. Demgegenüber ist ein Drittel (37 Prozent) der Auffassung, dass Merkel in den zurückliegenden Wochen angemessen agiert hat. Am Tag nach ihrem Auftritt in der Bundespressekonferenz, bei dem die Kanzlerin sich ausführlich zum Flüchtlingsthema geäußert hat, ist der Anteil derer, die ihr ein „angemessenes Handeln“ bescheinigen, zwar um 6 Punkte angestiegen, gleichwohl überwiegt aber auch nach ihren Äußerungen die Kritik.



Auch der für die Asyl- und Flüchtlingspolitik zuständige Bundesminister wird für sein Agieren in der letzten Zeit mehrheitlich kritisiert: Lediglich 27 Prozent bescheinigen ihm angemessenes Handeln, 51 Prozent sind gegenteiliger Meinung. Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel, der als erstes Mitglied der Bundesregierung Heidenau besuchte, wird zwar etwas weniger kritisiert (41 Prozent) als Merkel und de Maizière, gleichwohl attestiert auch dem SPD-Chef nur ein Drittel (34 Prozent) angemessenes Handeln. Rund ein Fünftel der Befragten kann oder will über das Verhalten Gabriels und de Maizières und kein Urteil abgeben.

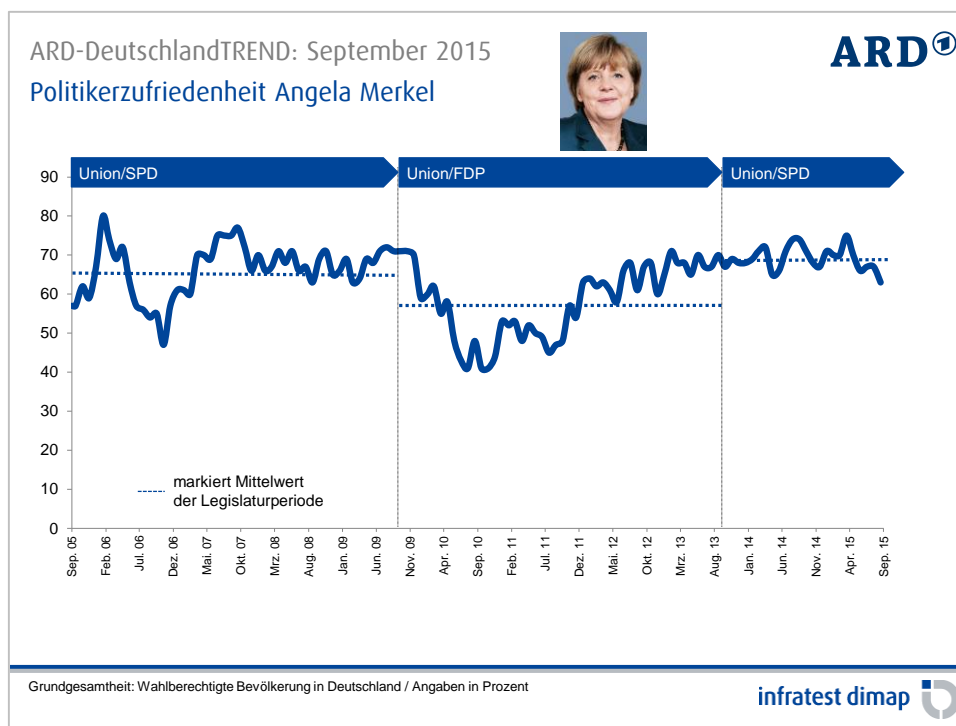
Politikerbewertung: Merkel mit Ansehenseinbußen

Die Kritik an Kanzlerin **Merkel** wegen ihrer Zurückhaltung in der Flüchtlingsdebatte hinterlässt auch Spuren bei der Bewertung ihrer Amtsführung. Derzeit sind 63 Prozent der Bevölkerung mit der Arbeit der Regierungschefin sehr zufrieden bzw. zufrieden. Im Vergleich zum Vormonat ist dies ein Minus von 4 Punkten. Merkel genießt also weiterhin hohe Wertschätzung, verzeichnet aber zugleich ihren niedrigsten Wert im ARD-DeutschlandTREND seit Dezember 2012. Spitzenreiter der Liste der populärsten Politiker Deutschlands ist wie im Vormonat Außenminister Frank-Walter **Steinmeier**. Das Wirken des SPD-Politikers findet bei unverändert 72 Prozent positive Resonanz. Finanzminister Wolfgang **Schäuble** ist mit einer Zustimmungsrate von 69 Prozent (-1) nach wie vor im Popularitätshoch.



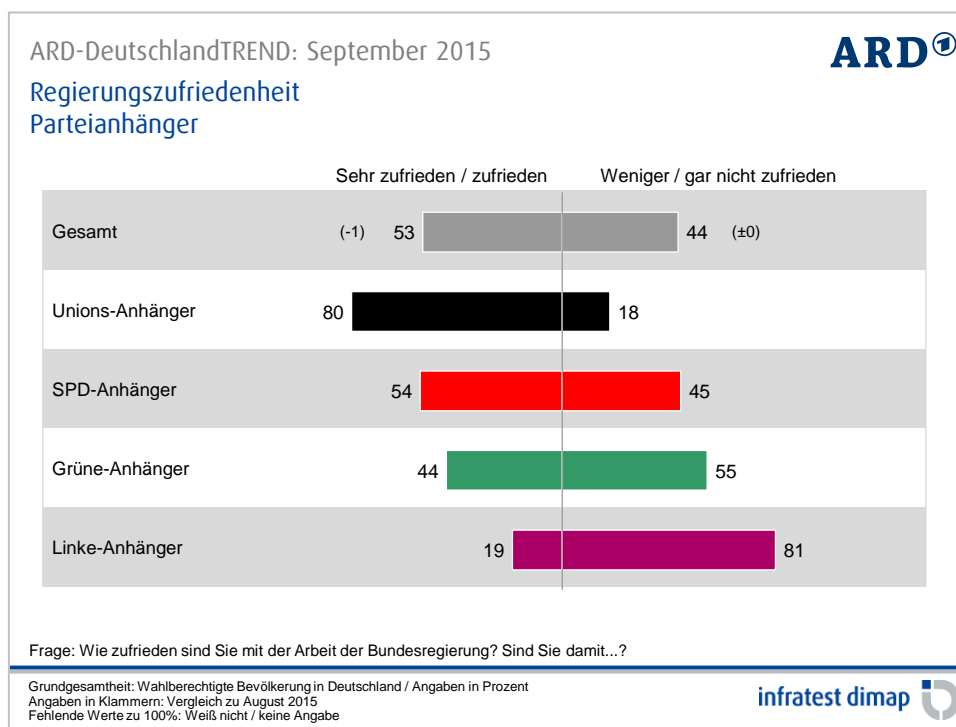
Wirtschaftsminister Sigmar **Gabriel** führt mit unverändert 48 Prozent erneut das Mittelfeld an. Auf den Plätzen dicht hinter dem SPD-Chef folgen die Verteidigungsministerin Ursula von der **Leyen** (45 Prozent, -1) und die Familienministerin Manuela **Schwesig** (42 Prozent, +4). Der christdemokratische Innenminister muss leichte Einbußen hinnehmen (40 Prozent, -2), liegt aber weiterhin vor der Arbeitsministerin Andrea **Nahles** (36 Prozent, +/-0). Mit den Leistungen des SPD-Justizministers Heiko **Maas** sind 30 Prozent der Deutschen zufrieden. Ein knappes Drittel der Wahlberechtigten (31 Prozent) kann allerdings mit seinem Namen wenig anfangen. Der CSU-Vorsitzende Horst **Seehofer** schneidet von den in diesem Monat abgefragten Politikern der Regierungsparteien am schlechtesten ab: Aktuell überzeugt der Bayer lediglich 28 Prozent aller Bundesbürger (-3).

In den Reihen der Opposition bekommt der scheidende Fraktionsvorsitzende der Linken Gregor **Gysi** aktuell von 44 Prozent (+3) aller Bürger gute Noten für seine politische Arbeit. Er knüpft damit an seine überdurchschnittlichen Bewertungen vom Frühsommer an. Der Grünen-Fraktionsvorsitzende Anton **Hofreiter** leidet nach wie vor unter einem Bekanntheits- und Ansehensdefizit. Drei von zehn Wahlberechtigten (30 Prozent) können mit seinem Namen wenig anfangen. Knapp ein Viertel (23 Prozent, -1) bewertet ihn wohlwollend.



Regierungszufriedenheit: Schwarz-Rot überzeugt überwiegend

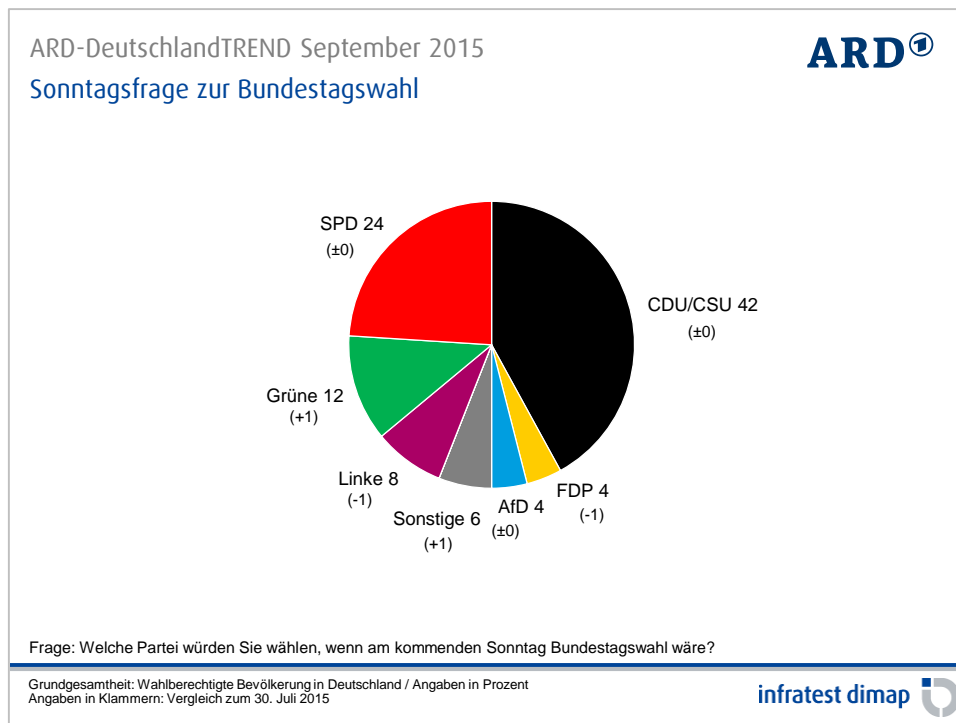
Die Große Koalition überzeugt weiterhin mehr als die Hälfte der Deutschen: 53 Prozent sind mit den Leistungen der von Angela Merkel geführten Regierung sehr zufrieden (3 Prozent) bzw. zufrieden (50). Demgegenüber äußern sich 44 Prozent kritisch über Schwarz-Rot. Damit hat sich die Zufriedenheit mit der Regierung im Laufe der letzten vier Wochen praktisch nicht verändert. Im Unterschied zu den beiden Vorgängerregierungen verzeichnet die aktuelle Bundesregierung nahezu durchgängig eine positive Bilanz.



Überdurchschnittlich positiv über die Regierungsarbeit äußern sich die Anhänger der Unions-Parteien (80:18 Prozent). Auch die SPD-Anhänger urteilen mehrheitlich wohlwollend (54:45 Prozent), allerdings auf deutlich niedrigerem Niveau. Die Grünen-Anhänger blicken vorwiegend skeptisch auf die Merkel-Regierung (44:55 Prozent), besonders kritisch werten die Anhänger der Linkspartei (19:81 Prozent).

Sonntagsfrage: Regierungsparteien stabil

Die politische Stimmung in Deutschland ist im Vergleich zum August stabil. Wenn bereits am nächsten Sonntag der Bundestag neu gewählt würde, käme die Union unverändert auf 42 Prozent der Stimmen. Die SPD würde wie im Vormonat 24 Prozent erreichen. Ein Plus von einem Punkt binnen Monatsfrist verzeichnen die Grünen auf jetzt 12 Prozent. Im Unterschied dazu verlieren sowohl die Linke (8 Prozent, -1) als auch die FDP (4 Prozent, -1) leicht. Die AfD verharrt bei 4 Prozent. Alle anderen Parteien kämen zusammen genommen auf 6 Prozent der Stimmen.

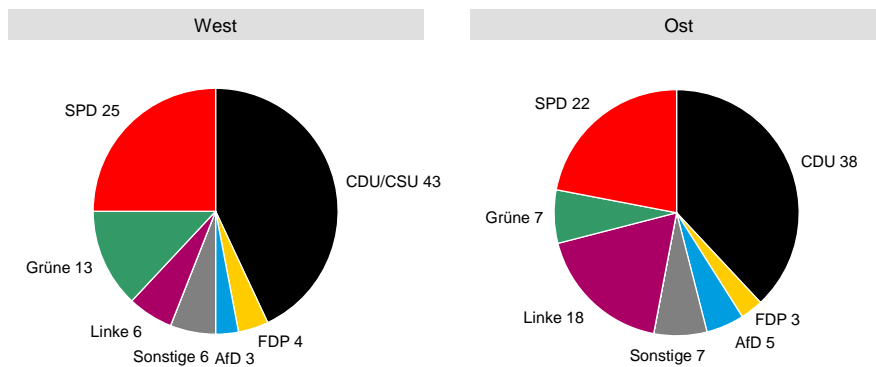


Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

ARD-DeutschlandTREND September 2015



Sonntagsfrage zur Bundestagswahl in West- und Ostdeutschland



Frage: Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

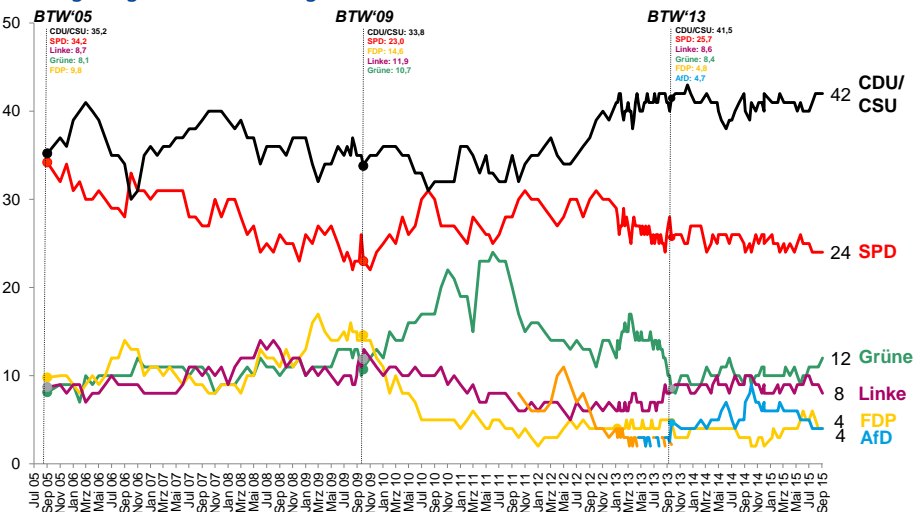
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland / Angaben in Prozent



ARD-DeutschlandTREND September 2015



Sonntagsfrage zur Bundestagswahl: Zeitverlauf



Frage: Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland / Angaben in Prozent



Michael Kunert / Reinhard Schlinkert